



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Freiheit, Weltoffenheit, Wachstum – für eine erfolgreiche EU

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der EU-Wahl 2019

Bereich Bau und Immobilien

Beschluss des VhU-Präsidiums
3. April 2019



Bau und Immobilien

Normen praxisgerecht gestalten, Qualitätsstandards sichern

Europäischen Binnenmarkt für Bauprodukte vertiefen

Die Vertiefung des europäischen Marktes für Bauprodukte auf Basis der Europäischen Bauproduktverordnung (EU-BauPVO) ist ein wichtiger Grundstein um Handel, Innovation, fairen Wettbewerb und Wertschöpfung im Bau- und Immobilienbereich zu steigern und Wachstum zu fördern. Bürokratische Handelshemmnisse müssen abgebaut werden, ohne die Errungenschaften des sicheren und nachhaltigen Bauens – wie in Deutschland Praxis – aufzugeben.

Baunormen: Praxisbezug und hohe deutsche Standards sicherstellen

Die hohe Zahl an EU-Normen und Richtlinien zur Regulierung von Bauprodukten sowie deren Handhabung führen zu einer kaum beherrschbaren Komplexität und Intransparenz sowie zu Haftungsrisiken. Um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Normung besser zu bewerten, sollen Normungsprozesse transparenter und unter besserer Beteiligung der Anwender gestaltet werden. Defizite in den harmonisierten Normen für Bauprodukte müssen durch die EU beseitigt und deren europaweite Verwendbarkeit sichergestellt werden.

Umwelt- und Ressourcenschutz: Deutsche Wirtschaft nicht benachteiligen

Eine Verschärfung der EU-Richtlinien für Umwelt- und Ressourcenschutz darf erst erwogen werden, wenn alle Mitgliedstaaten die bisherigen Standards einhalten. Nationale umweltpolitische Auflagen dürfen nicht einseitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bauwirtschaft beeinträchtigen. Zielkonflikte zwischen nationalen und EU-Vorgaben sind aufzulösen.

Gebäudestandards: Vorgaben nicht verschärfen oder ausweiten

Die Juni 2018 in Kraft getretene „Richtlinie zur Gesamteffizienz von Gebäuden“ schreibt vor, Gebäude schneller mit energieeffizienten Anlagen nachzurüsten und die Energieeffizienz neuer Gebäude durch „intelligente“ Systeme zu verbessern. Dabei werden zahlreiche Detailvorschriften gemacht. Das ist abzulehnen, denn Politik muss möglichst technikneutral sein.

Meisterbrief erhalten

Der Meisterbrief muss als Zulassungsvoraussetzung im deutschen Handwerk erhalten bleiben. Nur mit guter Ausbildung lassen sich hohe Qualitätsstandards gewährleisten – sowohl bei Handwerksdienstleistungen wie in der Berufsausbildung. Für beides ist der Meisterbrief nötig. Bestrebungen der EU, den Meisterbrief in zusätzlichen Gewerke in Frage zu stellen, sind abzulehnen. Der von der EU-Kommission vorgeschlagene Dienstleistungspass wäre nur akzeptabel, wenn bestehende Qualifikationen nicht entwertet würden oder gar wegfielen.

Liste der eingetragenen Architekten & Bauingenieure schützen

Die Listen der eingetragenen Architekten und Bauingenieure, in Kombination mit deren Mitgliedschaft in einer Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts, sind Bestandteile der Qualitätssicherung in beiden Berufsgruppen und des Verbraucherschutzes. Aus Sicht der Verbraucher ist es wichtig, sicher sein zu können, dass die entsprechenden Anbieter am Markt die zu erwartende Qualität gewährleisten können. Ebenso wichtig ist der ständige Unterhalt einer Haftpflichtversicherung mit der gesetzlichen Mindestdeckungssumme.